LANDVOLK Lüneburger Heide

14. Jahrgang · Ausgabe 4 ■ Mitteilungen aus dem Kreisverband Lüneburger Heide e. V. ■ April 2023

Unsere Themen

» Sozialwahl ernst nehmen

Stimmabgabe bis 31. Mai! Es geht um die Vertretung norddeutscher Interessen.

Seite 2

» Es zählt nicht nur das Trinkwasser

Wasserfußabdruck misst auch den Verbrauch bei der Erzeugung von Gütern. Seite 6

Termine

Landjugend-Zeltfete in Tetendorf

Lüneburger Heide (lv). Die Landjugend Soltau lädt für den 15. April ab 21 Uhr zu ihrer zweiten großen Landjugend-Zeltfete in Tetendorf ein. Zuletzt hatte sie im Jahr 2019 in Tetendorf gefeiert, damals erstmals in zwei Zelten mit einer Live-Band und einem DJ. Das bewährte Konzept wird auch diesmal wieder umgesetzt. In einem Partyzelt wird die Band „Lindsten“ und im anderen ein DJ-Team für gute Stimmung sorgen.

Das Organisationsteam um den Vorstand der Landjugend will in diesem Jahr erneut „eine unvergessliche Feier auf die Beine stellen.“ An der Gemeindestraße zwischen Tetendorf und Marbostel erwarten die Jugendlichen aus der Böhmestadt Gäste aus den benachbarten und befreundeten Landjugenden sowie viele Feierfreudige aus der Umgebung. Der Einlass erfolgt für Jugendliche ab 16 Jahren nach dem Jugendschutzgesetz und nur mit unterschriebenem „Mutti-Zettel“.

Die Landjugend Soltau wurde im Jahr 1952 gegründet. Dem Verein gehören derzeit mehr als 111 Mitglieder aus der Stadt und den Ortschaften im Alter von 16 bis 30 Jahren an.

LV MEDIEN

Verlag LV Medien GmbH
Hauptstr. 36-38, 28857 Syke
So erreichen Sie uns:
Redaktion und Anzeigen:
☎ 0 51 62 - 903-100
Fax 0 51 62 - 903-139
E-Mail: infofb@lv-lueneburger-heide.de
www.lv-lueneburger-heide.de

Oldtimer-Freunde jeden Alters haben viel Freude beim Besuch des Treckermuseums auf dem Bultmanns-Hof in Dorfmark. Foto: Precht

Später Saisonstart auf dem Acker

Aber wassergesättigte Böden auch hoch willkommen / Märkte konträr

Lüneburger Heide (ccp). In diesem Jahr war im Ackerbau wieder einmal die hohe Kunst des Abwartens gefragt. Die Disziplin fiel jedoch nicht allzu schwer, denn nach ein paar trockenen Sommern weiß man einen wassergesättigten Boden zu Vegetationsbeginn besonders zu schätzen. In der Woche vor Ostern sorgten dann ein paar sonnige Tage für die Befahrbarkeit der Äcker und öffneten das Zeitfenster für Andüngung, Bodenbearbeitung und Aussaat.

Wer seinen Mineraldünger noch nicht gekauft hatte, fühlte sich in seinem Marktinstinkt bestätigt: Preise von 34,50 Euro pro Dezitonne Kalkammonsalpeter (KAS) waren nach 80 Euro im August 2022 eine kleine Sensation. Auf der anderen Seite sackten aber auch die Notierungen für die meisten Agrarprodukte. Roggen erlöst derzeit 18 bis 19 Euro pro Dezitonne und Kontrakte für die nächste Ernte liegen auf ähnlichem Niveau. Zur Erinnerung: Im Herbst 2022 konnten Vorverträge über 25 bis 26 Euro abgeschlossen werden.

In den vergangenen Wochen sind nach Angaben der Getreidehändler große Mengen an Getreide per Achse aus der Ukraine in Richtung Westen geflossen. Polen ächzte unter dem heftigen Abgabedruck und der Preisrutsch setze sich zügig in westlicher Richtung fort. Auf der Nachfrageseite verhalten sich Mischfutterhersteller abwartend und sehen absolut keinen Anlass, den weichen Markt zu stabilisieren.

Schweinehalter, die lange Zeit vom allgemeinen Preisauftrieb im Jahr 2022 ausgeschlossen waren, haben in den vergangenen Wochen den Rückstand aufgeholt. Preise von 2,36 Euro je Kilo Schlachtgewicht hat wohl noch kein konventioneller Mäster zuvor gesehen. Nachdem die Futterkosten drastisch gesunken sind, scheint in der lange gebeutelten Branche wieder die Frühlingssonne. Erneut zeigt sich, dass nicht die Kosten den Preis machen, sondern Angebot und Nachfrage. Der Ausstieg aus Ferkelerzeugung und Schweinemast in Deutschland hat die Marktbeschickung erheblich schrumpfen lassen, sodass trotz sinkender Nachfrage das Schweinefleisch zu einem gesuchten Produkt wurde.

Völlig andere Vorzeichen gibt es am Milchmarkt. Im vergangenen Jahr traf der Rückgang des Milchaufkommens in wichtigen Exportländern auf eine hohe internationale Nachfrage. Diese war u.a. darin begründet, dass die Nahrungsmittelindustrie nach der Preisexplosion bei pflanzlichen Fett- und Eiweißträgern auf Milchpulver als Ersatzprodukt umschwenkte. Im Gefolge marschierte der Milchpreis in Richtung 60 Cent je Liter. Hier schlägt das Pendel mit dem Abwärtstrend am Markt für Getreide und Ölfrüchte wieder zurück. Seit Jahresbeginn sind die Rohmilch-Erlöse in Norddeutschland um etwa 14 Cent auf nunmehr 43 Cent je Liter gesunken. Unterstützt wurde der schwache Markt durch einen Anstieg des Milchaufkommens und durch eine inflationsbedingte Zurückhaltung der Kunden beim Einkauf des weißen Sortiments.

Händler aller Produktsparten halten sich beim Blick auf die Märkte von morgen extrem zurück. Wetter, Politik, Psychologie und Krisenmeldungen machen Vorhersagen zu einem Lotteriespiel.

Haareschneiden genügt nicht

Dienstleistungen können nur bedingt die deutsche Volkswirtschaft stützen

Lüneburger Heide (ccp). Von Hans-Olaf Henkel, dem früheren BDI-Vorsitzenden, stammt der Satz: „Wir können doch nicht dauerhaft davon leben, dass wir uns gegenseitig die Haare schneiden.“ Das Henkel-Zitat zeigt die in Deutschland tiefsitzende und weit verbreitete Skepsis gegenüber dem Dienstleistungssektor – und bei genauerem Hinsehen, hat sie durchaus ihre Berechtigung.

Während der Dienstleistungssektor beständig wächst, schmilzt seit 50 Jahren der Anteil der Industrie am deutschen Bruttoinlandsprodukt. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zählt immer weniger handelbare Güter, dafür steigen die monetären Leistungen von sozialen Einrichtungen, Ingenieurbüros, Anwaltskanzleien, Versicherungen sowie von Handel, Banken, Verkehr, Telekommunikation, Ärzten …und eben Friseuren.

„Kann das gut gehen?“ fragt sich der verunsicherte Bürger, der die Produkte mit dem weltweit anerkannten Markenzeichen „Made in Germany“ als Garant des steigenden Wohlstands kennengelernt hat.

Nun ist die Industrie immer noch mit rund 20 Prozent an der Bruttowertschöpfung in Deutschland beteiligt und lässt damit unsere Nachbarländer Polen (17 %), Italien (15 %), Spanien (12 %) und Frankreich (11 %) deutlich hinter sich. Aber dem Motor der wirtschaftlichen Entwicklung mit den bisher höchsten Produktivitätssteigerungen wird der Treibstoff knapp und vor allem teuer.

Insbesondere Deutschland hatte über Jahre hinweg besonders günstige Zugänge zu Pipelinegas aus Russland. Wie sehr der Standort Deutschland mit seinen energieintensiven Branchen Chemie, Glas und Keramik davon profitiert hat, wird der Öffentlichkeit erst jetzt bewusst. Seitdem die russische Quelle versiegt ist, wächst die Angst vor der De-Industrialisierung.

Die strategisch handelnden Machthaber im Kreml haben diese Abhängigkeit systematisch verfolgt. Sie ließen sich beim Bau der Nord Stream-Pipelines von der verlockenden Idee leiten, die stärkste Volkswirtschaft in der EU mit der Hand am Gashahn im sibirischen Irkutsk am Gängelband führen zu können. Während Politiker in Berlin verkündeten, Nord Stream 2 sei ein rein privatwirtschaftliches Projekt, diente es auf der anderen Seite als geostrategisches Machtinstrument.

Deutschland hat die Anwendung dieser Macht zu spüren bekommen – und bisher erstaunlich gut gemeistert. Keine Fabrik musste abgeschaltet werden, der Verkehr fließt und die Wohnungen blieben warm. Aber auf mittlere Frist droht der Industrie ein Überlebenskampf. Energieintensive Branchen sind dabei, Standorte im Ausland mit günstigen Strom- und Gastarifen für sich zu erschließen. Der angekündigte Stellenabbau beim weltgrößten Chemiekonzern BASF in Ludwigshafen ist eines von vielen Beispielen. Der Begriff der De-Industrialisierung macht in Deutschland die Runde.

Die neue Acetylen-Anlage am Verbundstandort Ludwigshafen kann jährlich 90.000 Tonnen der vielseitigen Chemikalie produzieren. Foto: BASF SE

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Niedersachsen ist eine der Grundwasser reichsten Regionen Europas. Unter unseren Feldern bilden sich pro Jahr und Hektar über 2.000 Kubikmeter neues Grundwasser. Trotzdem gibt es Anlass, besonders achtsam mit den kostbaren Reserven im Untergrund umzugehen.

Klimawandel, die unterschiedliche Verteilung der Niederschläge und die Entnahme von Grundwasser für Ballungszentren erfordern neue Formen der Wasserwirtschaft. Das bedeutet einerseits, dass wir den Niederschlag optimal nutzen, den schnellen Abfluss über Bäche und Flüsse begrenzen und so viel wie möglich zurückhalten. Es bedeutet aber auch, dass wir Wassermengen, die zur Gewinnung von Trinkwasser gefördert werden, dorthin zurückführen, wo sie entnommen wurden. Das Prinzip der Wiederverwendung von Wasser für die landwirtschaftliche Nutzung ist nicht neu. In dieser Ausgabe der Landvolk-Zeitung lesen Sie auf Seite 6, welche Erfahrungen vorliegen und wie in Braunschweig seit Jahrzehnten erfolgreich mit diesem System gearbeitet wird.

Nicht um die mengenmäßige, sondern um die qualitative Betrachtung des Wassers geht es in einem weiteren Beitrag dieser Zeitung. Die Landesregierung hat gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer den 10. Niedersächsischen Nährstoffbericht veröffentlicht. Welche Erfolge die Landwirtschaft in den vergangenen zehn Jahren beim Gewässerschutz verzeichnen konnte, warum es seine Zeit braucht, bis dies im Grundwasser feststellbar sind und wo es noch Probleme gibt, lesen Sie auf Seite 5.

Nicht nur in unserem Berufsstand, sondern auch im allgemeinen Bewusstsein nimmt das Thema Wasser einen wachsenden Stellenwert ein. Dabei steht die Landwirtschaft im Fokus des öffentlichen Interesses. Unsere Wirtschaftsweise wird auf vielfältige Weise reguliert und ich teile den Verdruss, den überregionale Regelungen gerade in dieser Zeit hervorrufen. Das Management des Grundwassers – und insbesondere der Umgang mit den Entnahmerechten für die Feldberegnung – ist allerdings eine Aufgabe, die wir in gegenseitigem Einvernehmen vor Ort gestalten können. Wir befinden uns mit den Behörden in einem konstruktiven Dialog, der durch gegenseitiges Vertrauen aufgebaut ist. Eine große Mehrheit der Betriebe rechtfertigt dieses Vertrauen. Es genügen aber Einzelne, die durch eigenmächtiges Handeln zum Schaden aller beitragen können.

Ich möchte Sie, liebe Berufskolleginnen und Berufskollegen, daher aufrufen, mit Transparenz und einer zuverlässigen Dokumentation Ihr verantwortungsvolles Handeln zu belegen. Unser sorgfältiger Umgang mit dem Wasser wird darüber entscheiden, welche Position uns bei der Verteilung dieser kostbaren Ressource künftig zukommen wird

Wilhelm Neven
Vorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

Haareschneiden genügt nicht

Die Sorge ist berechtigt, denn der Dienstleistungsbereich darf und kann den industriellen Aderlass aus zwei Gründen nicht kompensieren. Erstens haben uns die jüngsten Brüche in den globalen Lieferketten gezeigt, wie wichtig eine Basisausstattung mit eigenen Produktionsstandorten ist. Zweitens ist neben den originären Dienstleistungen der Sektor der produktbegleitenden Dienstleistungen riesengroß. Allein die Vorstellung, Landmaschinenindustrie wäre nicht mehr in Harsewinkel, Melle oder Damme ansässig, führt uns vor Augen, was für eine Erosion im Dienstleistungsgewerbe damit einhergehen würde. Etwa die Hälfte der Wertschöpfung in der Dienstleistung wird den produktbegleitenden Aktivitäten zugerechnet. Eine wirtschaftliche Schwächung der Industrie würde daher weit über den statistisch gemessenen Beitrag dieses Sektors an der Wirtschaftsleistung hinausgehen.

Weiterhin wäre fraglich, womit das rohstoffarme Deutschland seine Importe bezahle sollte, denn als Exporteur von Dienstleistungen ist das Land international eher schwach. Daher wäre es fahrlässig, die Industrie dem Spiel der Märkte und der globalen politischen Zerwürfnisse auszusetzen.

Die USA haben genau dieses Phänomen in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik gestellt und ein Billionen-Programm zur Unterstützung ihrer Unternehmen aufgelegt. Dazu gehören großzügige Steuervergünstigungen für Unternehmen, die in den USA produzieren, und es gehören Subventionen für grüne Technologien dazu. Propagandistisch wird das mit einem Aufruf zum Kauf US-amerikanischer Güter befeuert. Für Europa und vor allem für Deutschland als exportorientierte Nation wird die ohnehin gefahrvolle Lage durch die protektionistische amerikanische Handelspolitik weiter verschärft.

Es wäre unklug, die Spirale der Handelsbeschränkungen seitens der EU weiter in die Höhe zu treiben. Die EU bekommt vielmehr eine weitere Chance, den gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken und gemeinsam nach außen aufzutreten. Die Zeit drängt, den klimabedingten Ausstieg aus den fossilen Energien zu forcieren, so schnell wie möglich in den Ausbau erneuerbarer heimischer Energien zu investieren und den Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen zu gewähren. So wird auch in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft eine international wettbewerbsfähige Industrie Bestand haben.

Sozialwahl ernst nehmen!

Es geht um die Vertretung norddeutscher Interessen

Lüneburger Heide (lpd/ccp). Die Sozialversicherungen in Deutschland unterliegen einer eigenständigen Selbstverwaltung. Oberstes Gremium ist die jeweilige Vertreterversammlung. Sie wird von den Beitragszahlern gewählt. Dies erfolgt im sechsjährigen Rhythmus und findet in diesem Jahr am 31. Mai statt. Die sogenannte Sozialwahl ist nach Bundestags- und Europawahl die drittgrößte Wahl mit über 50 Millionen Stimmberechtigten.

Der Sozialversicherungsträger der Landwirtschaft ist die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, kurz SVLFG. Ihre Zuständigkeit bezieht sich auf alle Betriebe der grünen Branche in Deutschland. In die Vertreterversammlung der SVLFG werden drei Gruppen entsandt: die Gruppe der Arbeitgeber (20 Mitglieder), die Gruppe der Arbeitnehmer (20) und die Gruppe der Selbstständigen ohne fremde Angestellte (Sofas/20). Das Wahlverfahren sieht keine Personenwahl, sondern eine Listenwahl vor.

Da in der Gruppe der versicherten Arbeitnehmer und in der Gruppe der Arbeitgeber jeweils nur eine Vorschlagsliste zur Vertreterwahl der SVLFG eingereicht wurde, findet hier eine „Friedenswahl“ ohne aktive Wahlhandlung statt. Für die Arbeitnehmer wurde die Gemeinschaftsliste der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zugelassen, für die Arbeitgeber die Vorschlagsliste des Gesamtverbandes der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände. Lediglich in der Gruppe der Selbstständigen ohne fremde Angestellte (Sofas) findet eine Wahl statt. Familienangehörige bis zum dritten Grad und Schwägerschaft 2. Grades werden dabei nicht als Angestellte mitgerechnet, Pflegekinder werden ebenfalls nicht mitgerechnet. Nebenerwerbslandwirte gehören vielfach zu dieser Gruppe.

Gemeinsam mit dem Landesbauernverband Schleswig-Holstein hat der Landesbauernverband Niedersachsen eine Wahlvorschlagsliste erfolgreich eingereicht. Sie bewirbt sich mit der Liste Nummer 6 und heißt „klarer Kurs Nord“. Die insgesamt neun Listen sind: 1. Bayerischer Bauernverband, 2. Waldbesitzerverbände (Wählt! Wald!), 3. Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg, 4. Aktionsbündnis Agrarsozialwahl 2023, 5. Bauern, Bäuerinnen, Winzer, Winzerinnen, Jungbauern, Jungwinzer und Waldbauern in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, 6. Bauernverbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein, 7. Landwirtschaftsverbände NRW (WLV und RLV), 8. Land- und Forstwirte der neuen Bundesländer, 9. Jäger

Sozialwahl 2023
Für Rente & Gesundheit
Deine Stimme. Deine Wahl.

Die Liste 6 „Klarer Kurs Nord“ besteht aus zwölf Kandidaten, davon kommen vier Kandidaten aus Niedersachsen, nämlich Britta Michel (Platz 1), Thorsten Probst (3), Larena Gleiminger (5) und Werner Meier (7). Die übrigen Vertreter stammen aus Schleswig Holstein. Britta Michel ist die „Titelverteidigerin“ und sitzt seit der Wahl 2017 erfolgreich in der Vertreterversammlung der SVLFG in Kassel und im Widerspruchsausschuss in Hannover.

Die Liste 6 steht insbesondere für die Umsetzung folgender Themen:

1. Erhalt der SVLFG
2. Festsetzung gerechter Beiträge für alle Versicherten
3. Erhöhung der Bundesmittel zur landwirtschaftlichen BG
4. Anpassung der BHH an die moderne Landwirtschaft. Es muss möglich sein, überhaupt Betriebshelfer zu bekommen.
5. Erhalt und Verbesserung der Sozialberatung durch die Kreisverbände des Landvolkes.
6. Ausbau von Präventionsprogrammen und Gesundheitsangeboten insbesondere mit Regionalbezug.
7. Ausbau von „SVLFG digital“ – Landwirtschaft ist sehr offen für Digitalisierung, Ausbau des Angebots von Onlinefortbildungen und Online – Informationsprogrammen.

Auf der Liste 2 der Waldbesitzerverbände stehen drei Kandidaten aus Niedersachsen. Es sind: Volker Schulte (Kandidatur als Mitglied der Vertreterversammlung, Platz 1; Sprecher des Initiativkreises Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse bei der AGDW, Geschäftsführer der Forstbetriebsgemeinschaft Celler Land), Meike-Christine Böger (Kandidatur als Mitglied der Vertreterversammlung, Platz 6, Vorstandsmitglied der Forstbetriebsgemeinschaft Hermannsburg); Friedhelm Freiherr von Landsberg-Velen (Kandidatur als Mitglied der Vertreterversammlung, Platz 8, Vize-Präsident des Waldbesitzerverbands Niedersachsen).

Die Versicherten erhalten derzeit von der SVLFG einen Fragebogen verbunden mit einem Antrag auf Aufstellung eines Wahlausweises. Dieser Fragebogen enthält Informationen dazu, wann ein wahlberechtigter Selbständiger ohne fremde Arbeitskräfte oder ein wahlberechtigter Unfallrentner gegeben ist.

Das Formular soll vollständig ausgefüllt, unterschrieben und dann umgehend mit dem beiliegenden Freiumschlag an die SVLFG zurückgesandt werden. Erst wenn dieser Fragebogen bei der SVLFG eingegangen ist, kann dort geprüft werden, ob der Antragsteller zum wahlberechtigten Personenkreis gehört. Ist dies der Fall, werden die Wahlunterlagen für die Briefwahl versandt.

Damit Wahlberechtigte an der Sozialwahl teilnehmen können, ist es unbedingt erforderlich, zunächst den Fragebogen mit Antrag auf Ausstellung eines Wahlausweises, der derzeit versandt wird, an die SVLFG im Freiumschlag zurückzusenden. Nur wer diesen Antrag rechtzeitig bei der SVLFG einreicht, kann auch Wahlunterlagen erhalten und dann an der Briefwahl teilnehmen, so der Bauernverband weiter.

„Zur Wahrung der Interessen der norddeutschen Selbständigen ohne fremde Arbeitnehmer benötigen wir Ihre Stimme für die Liste 6“, bekräftigt der Landvolk-Landesverband und ruft zur Teilnahme auf.

Es kann sein, dass Sie nicht nur bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) an der Sozialwahl teilnehmen können. Wenn Sie beispielsweise bei der Deutschen Rentenversicherung Bund versichert sind oder bei einer der Ersatzkassen krankenversichert sind, dürfen Sie auch die Sozialparlamente dieser Sozialversicherungsträger wählen.

Plakataktion von „Echt Grün“

Landvolk stellt wetterfeste PVC-Banner zur Verfügung

Lüneburger Heide (ccp). Zu Jahresbeginn ist der Landvolk-Kreisverband Lüneburger Heide der Imagekampagne „Echt grün – Eure Landwirte“ beigetreten. Die Interessenplattform wird von 16 Landvolk-Kreisverbänden getragen und hat sich zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung auch im städtischen Umfeld zu erreichen und die Landwirtschaft dort auf sympathische Weise zu präsentieren. „Echt grün“ setzt in ihren Kampagnen auf Aktivitäten in den sozialen Netzwerken wie Instagram, Facebook, YouTube oder TikTok, wirbt aber auch mit Plakaten, Kurzfilmen und Leuchttafeln an prominenten Standorten der Großstadt.

Im ländlichen Raum sind Aktionen wie Kinowerbung z. B. in Walsrode oder Buchholz geplant. Außerdem gehören regionale Plakatwerbung und Verkehrswerbung zu den möglichen Optionen. Eine Social Media Platzierung im Postleitzahl-Gebiet mit einem regionalen Beitrag könnte das Programm ergänzen.

Die Vor-Ort-Kampagne im Kreisverband Lüneburger Heide startet mit einer Plakataktion. Sechs verschiedene Motive auf wetterfesten PVC-Bannern mit einer Größe von 205 x 172 cm stehen zur Auswahl. Für einen Kostenbeitrag von 25 Euro pro Stück (incl. Porto und Steuer) können die Plakate erworben werden. Bestellbögen liegen dieser Ausgabe der Landvolk-Zeitung bei. Bitte kreuzen Sie das gewünschte Motiv an, schreiben die Stückzahl dazu und senden den Bestellbogen an die Faxnummer 05162 903139 bzw. E-Mail-Adresse *infofb@lv-lueneburger-heide.de*. Vergessen Sie nicht, die Versandadresse anzugeben!

Kein Zurück zu normal

Mitgliederversammlung der LUH / Bericht über die Ukraine

Tangendorf (ccp). Den nachhaltigen und sparsamen Gebrauch von Wirtschaftsgütern empfiehlt die Landwirtschaftliche Unternehmensberatung Harburg (LUH) nicht nur ihren Mitgliedern. Der Büroschreibtisch von Lennard Stein wurde schon 1983 von seinem Vorgänger Ernst Stinshoff aus Beständen der Sparkasse erworben und Ersatzbeschaffung steht nicht zur Diskussion. Ebenso umsichtig geht das Team der LUH bei der Heißwasserbereitung für den Pausenkaffee vor. Da ist man dankbar, den überbetrieblichen Einsatz des Maschinenrings im Nachbarbüro nutzen zu dürfen. Nebenbei fördert das den kollegialen Austausch.

Die Leistungen des Beratungsringes scheinen jedoch – im Gegensatz zur Betriebsausstattung - auf der Höhe der Zeit zu liegen. Das beweist die hohe Attraktivität der Mitgliedschaft. Trotz weiterer Anfragen will die LUH ihren Bestand an Mandanten aber nicht erhöhen, sondern auf 240 Betriebe begrenzen.

Auf der Mitgliederversammlung der Organisation in Tangendorf gab Geschäftsführer Marco Bruns einen Überblick über die allgemeine energiewirtschaftliche Lage. Sein Fazit: Es gibt kein Zurück zu normal. „Pipelinegas ist billiger als Gas aus dem LNG-Terminal und Strom aus abgeschriebenen Kernkraftwerken ist billiger als erneuerbare Energien – egal wie man zur Energiewende steht – wir werden Strom und Wärme teurer produzieren und teurer einkaufen“, sagte Bruns.

Für die Landwirtschaft eröffnen sich in diesem Geschäftsbereich vielfältige Chancen. Vorsitzender Johannes Meyn sieht die Landwirtschaft bei der Anlage von Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) allerdings in einem Spannungsfeld von Interessen. Da steht einerseits der „Flächenfraß“ großer Anlagen und andererseits die betriebliche Wertschöpfung, der sich der Ring satzungsgemäß verpflichtet fühlt. Bruns plädierte daher für eine Form der Stromgewinnung im Freiland, bei der Energieerzeugung und Landwirtschaft als sogenannte Agri-PV nebeneinander betrieben wird und die Funktion als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt. Für politisch unterbewertet hält er das Biogas, das als einzige erneuerbare Energiequelle geeignet sei, zeitlich bedarfsgerecht Strom zu erzeugen.

Dieter Peper, Carsten Voß, Vorsitzender Johannes Meyn, Geschäftsführer Marco Bruns.

Grundsätzlich sollten die Betriebsformen der Energiegewinnung sorgfältig geprüft und langfristige Verträge mit einer Indexierung der Leistungen versehen werden. Bruns gibt Modellen mit regionaler Beteiligung den Vorzug, da öffentliche Abgaben in der Kommune bleiben und die Akzeptanz bei Bürgerbeteiligungen steigt. „Die fremde Windmühle quietscht – die eigene singt.“

Als Ziel sieht Bruns den energiewirtschaftlich autarken landwirtschaftlichen Betrieb, der mittelfristig auch kleine Windkraftanlagen in den Energiemix einbauen könnte. Er verwies auf die Notwenigkeit neuer Wärmenetze, für deren Ausbau öffentliche Fördergelder zur Verfügung stehen.

Wirtschaftsberater Lennart Stein umriss die Arbeitsschwerpunkte der LUH im Jahresverlauf, wobei Antragsberatung und Dokumentation mit dem Schwerpunkt Düngung immer stärker in den Vordergrund rücken. „Die Produktionsberatung wandert ab.“ Früher war das Agrar-Förder-Programm (AFP) das zentrale Instrument der betrieblichen Förderung, heute durchsucht der Berater über zwölf Programme auf eine mögliche individuelle Eignung. Stein verwies auf ein interessantes Programm zum Kiebitzschutz, das gemeinsam mit dem Landkreis Harburg durchgeführt wird.

Für die Betrachtung der Landwirtschaft im gesellschaftlichen Umfeld war Wirtschaftsberater Tim Luhmann anlässlich der Versammlung zuständig. Er stellte fest, dass die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft von der Ernährungssicherung über die Energieerzeugung bis zu den Umweltleistungen nicht angemessen wahrgenommen werden. Mit berechtigtem Selbstbewusstsein sollte Landwirtschaft ihre Stärken herausstellen. „Wir schaffen den Grundpfeiler des Wohlstands und erhalten die Lebensfähigkeit der Dörfer“, sagte Luhmann und forderte die angemessene Wertschätzung.

Bei den Wahlen zum Vorstand traten Dieter Peper und Carsten Voß nicht erneut an. Sie wurden mit dem Dank für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit verabschiedet. Als neue Vorstände wurden Tim Langerbein und Malte Masuth einstimmig gewählt.

Den Festvortrag auf der Mitgliederversammlung der LUH hielt Hans-Georg Hassenpflug, der als ehemaliger Leiter der LWK-Dienststelle in Harburg dem Auditorium gut bekannt war. Im Auftrag der LWK wurde Hassenpflug später in der Ukraine tätig und hat seinen dortigen Einsatz für die berufliche Bildung auch nach seiner Pensionierung fortgesetzt (wir berichteten). In Tangendorf gab er einen geschichtlichen Abriss sowie einen aktuellen Bericht über die Lage des Landes nach dem russischen Überfall an 24. Februar 2022.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches 1991 entwickelte sich die unabhängige Ukraine in ihrer traditionell engen Verbindung zu Russland weiter. (Mehrere ehemaligen Präsidenten leben heute in Moskau!) Diese Ausrichtung änderte sich mit der Orangenen Revolution (2004) und nach der Absetzung des russlandnahen Präsidenten Janukowytsch (2014) setzte sich die Hinwendung der Ukraine zum Westen fort. „Russland sah seine Felle davonschwimmen …“, erklärte Hassenpflug. Die Folgen sind bekannt. Aber noch heute seien die Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland enger als angenommen. „Die Geldquellen für Moskau sind nicht versiegt.“

Die Wirtschaft in der Ukraine leidet laut Hassenpflug nach wie vor unter Korruption und Vetternwirtschaft, wenngleich Präsident Selenskyi Erfolge in der Bekämpfung vorweisen könne. Der Staat bezahlt seine Bediensteten schlecht und daher gehört gerade im Bereich der öffentlichen Verwaltung der illegale Zuerwerb zum Alltag. Das Land verfüge weder über ein unabhängiges Justizwesen noch über eine funktionierende Verwaltung.

Viele gute Ansätze zu einem stabilen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufschwung wurden durch den Krieg zerstört. „Das Land erfüllte meines Erachtens von allen Kandidaten für die Mitgliedschaft am ehesten die Anforderungen, die an einen künftigen Partner der EU gestellt werden“, so Hassenpflug.

Die Landwirtschaft in der Ukraine ist gekennzeichnet durch eine schwer vorstellbare Bandbreite der Betriebsformen und der Betriebsgrößen. Die Flächenausstattung reicht von wenigen Hektaren bei Hauswirtschaften bis über 500.000 Hektar bei Agrarholdings, die nicht im Besitz von Landwirten, sondern von internationalen Investoren stehen. Einfachste Agrartechnik aus den 50er Jahren trifft auf modernste Verfahren der Präzisionslandwirtschaft. „Das ackerbauliche Potential auf den Schwarzerdeböden ist enorm“, sagte Hassenpflug, Grenzen bildeten Niederschläge von teilweise nur 350 Millimeter pro Jahr.

Gegenwärtig behindern verminte Felder den Ackerbau auf vielen Millionen Hektar. Insgesamt verfügt das Land über 42,7 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 32,5 Millionen Hektar Acker. Stütze der Ernährung sind die Hauswirtschaften bis 15 Hektar Fläche, die in Krisenzeiten die höchste Resilienz erweisen, während Mammutbetriebe mit Tierhaltung unter Kriegsbedingungen kaum funktionieren können.

Auch unter den leidvollen gegenwärtigen Zuständen sieht Hassenpflug die Ukraine mittelfristig auf dem Weg zur agrarischen Supermacht. Mit ihrem Potential könnte das Land bis zu eine Milliarde Menschen ernähren.

Fit machen jenseits von Bürokratie

Landberatung legt erfreulichen Geschäftsbericht vor

Unser Foto zeigt (v. l. n. r.) Antonia Dettmer, Sören Thölke, Referent Dr. Albert Hortmann-Scholten, Geschäftsführerin Andrea Hoops, Katja Kunick, Jennifer Born, Vorsitzender Jan-Christoph Weseloh. Neu im Beraterteam sind Antonia Dettmer, Sören Thölke und Jennifer Born. Foto: Precht

Bad Fallingbostel (ccp). Die Landberatung Bad Fallingbostel hat auf ihrer Mitgliederversammlung einen erfreulichen Geschäftsbericht vorgelegt. „Die Finanzen passen“, sagte Vorstandsmitglied Ruben Dehning und Geschäftsführerin Andrea Hoops geht davon aus, mit dem verjüngten und zahlenmäßig erweiterten Team die Schlagzahl noch einmal spürbar erhöhen zu können.

Auf der Einnahmenseite ist es der Landberatung gelungen, die Mitgliedsbeiträge (rund 220.000 Euro) sowie die Einnahmen für Dienstleistungen (rund 210.000 Euro) und die Erlöse aus Arbeitskreisen (36.000 Euro) bei angemessener Ertragslage in ein stabiles Gleichgewicht zu bringen. Den Gesamtumsatz, der sich bisher um 500.000 Euro bewegte, möchte man im laufenden Geschäftsjahr um 60.000 Euro steigern.

Vorstandsmitglied Dehning stellte fest, dass es auf den Höfen immer schwerer werde, von der landwirtschaftlichen Urproduktion zu leben. „Wir sind aufgefordert, Alternativen zu bearbeiten“, sagte Dehning und reihte die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in den Aufgabenkatalog der Landberatung ein. Darüber hinaus müsse die Beratung auch die verwaltungstechnischen Herausforderungen der Betriebe begleiten, denn „der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit auf den Höfen darf nicht das Ordnungsrecht sein.“ Dehning umriss den Auftrag der Landberatung mit dem Satz: „Fit machen jenseits von Bürokratie.“

Den ausführlichen Bericht über den Vortrag des LWK-Marktexperten Dr. Albert Hortmann-Scholten mit dem Titel „Verbraucher drückt auf die Bremse“ veröffentlichten wir bereits in der März-Ausgabe unserer Zeitung.

Von Vorratsabbau kann keine Rede sein

Oberster Kammerförster bei der FBG Salzhausen / Holzmarkt stabil

Salzhausen (ccp). Zur 73. Jahreshauptversammlung der Forstbetriebsgemeinschaft Salzhausen (FBG) hatte Vorsitzender Willy Isermann einen kompetenten Festredner eingeladen. Rudolf Alteheld, Leiter der Abteilung Forstwirtschaft der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK), beleuchtete das breite Themenfeld der Waldwirtschaft von der Saatgutknappheit bis zum Wolf, wobei ihm eine verwaltungsrechtliche Angelegenheit ganz besonders auf der Seele brannte. „Es wäre eine Katastrophe gewesen, wenn ich Ihnen heute ein Kündigungsschreiben hätte mitbringen müssen." Hintergrund: Die LWK unterhält mit den FBG Beratungsverträge, in denen die von den Kammerförstern erbrachten Dienstleistungen geregelt werden.

Künftig müssen diese Dienstleistungen öffentlich ausgeschrieben werden, sodass auch Organisationen aus der privaten Wirtschaft Angebote abgeben können. Die Kammer wird dann eine von mehreren Anbietern sein. Die Umsetzung war für den 1. Januar 2024 geplant und bei einer Kündigungsfrist von einem dreiviertel Jahr für bestehende Verträge hätte die Hauptversammlung der FBG Salzhausen mit dem Eingang der Kündigung durchaus kollidieren können. Nun ist die Reform wegen zeitlich nicht realisierbarer Umsetzung zwar verschoben aber nicht aufgehoben. „Wir werden uns natürlich mit einem attraktiven Angebot an der Ausschreibung beteiligen", sagte Alteheld, „und ich hoffe, dass der Waldbesitzer von der Reform am Ende gar nicht viel merken wird".

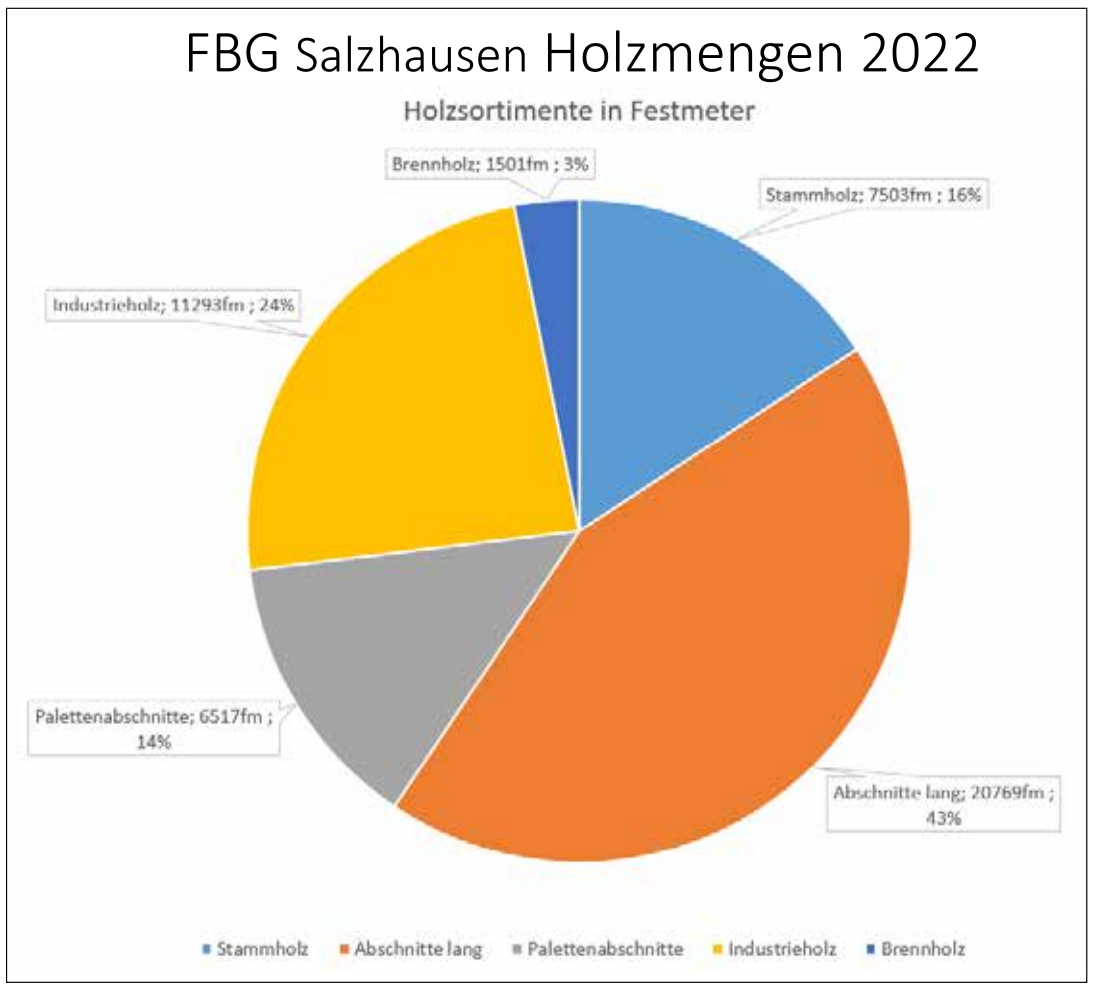
Mit nüchternem Optimismus begegnete Alteheld auch alarmierenden Schlagzeilen, die sagen: „Wir erleben in den Wäldern einen Vorratsabbau" oder „Wir verlieren die Fichte". Einen Vorratsabbau gab es laut Alteheld durch Reparationsleistungen nach dem 2. Weltkrieg und durch den Orkan 1972, aber derzeit beweisen die Zahlen für Zuwachs und Abgang, dass immer noch ein deutlicher Vorratsaufbau stattfindet. Zur Situation der Fichte: Ja, wir benötigen einen Waldumbau, in dem die Fichte ihren Anteil nicht stabilisieren kann. Aber ihre Nachfolger können es besser, wenn es um die Anpassung an die neue klimatische Situation geht.

Diese veränderten Bedingungen stellen die Waldwirtschaft vor große Herausforderungen, schaffen aber auch neue Geschäftsfelder. Windkraft, Sonnenenergie und Geothermie sind drei interessante Bereiche – und die Gewinnung von Saatgut kommt als weiteres hinzu. Alteheld prognostiziert wegen der kalamitätsbedingten Freiflächen einen enormen Bedarf an Forstpflanzen. Dieser sei mit den bestehenden zertifizierten Vermehrungsbeständen kaum zu decken. „Wir müssen darüber nachdenken, auch normale Bestände für die Gewinnung von Saatgut zu nutzen – in einem Jahr können wir mehr dazu sagen." Fakt ist, dass derzeit ein Kilo Douglassaat 1.350 Euro kostet und ein einziger Baum in der Lage ist, diese Jahresmenge zu erzeugen. Das sind 30.000 keimfähige Einzelsamen, mit denen man rechnerisch 30 Hektar Mischwald anpflanzen könnte.

Ob der Wolf dafür sorgt, dass die künftigen Mischwälder wegen des schrumpfenden Wildbestandes auch ohne Umzäunung gedeihen, lautete eine Frage aus dem Publikum. Nein – war die eindeutige Antwort. Wegen besserer Fluchtchancen vor dem Wolf hält sich das Wild vermehrt in Dickungen auf, sodass der Verbiss an Jungpflanzen erheblich bleibt.

Einen kurzen Sachstandsbericht gab Alteheld zur staatlich angebotenen klimaangepassten Waldförderung. Sie läuft seit November 2022 und sieht eine Förderung von 85 bzw. 100 Euro je Hektar privater und kommunaler Forstfläche vor. Die Inanspruchnahme der Förderung reicht von nahezu Null im Emsland bis zu einer Quote von 80 Prozent im Kreis Uelzen. Die FBG Salzhausen tendiert eher zu den Emsländer Verhältnissen.

Über die aktuelle Lage in der 6.620 Hektar umfassenden FBG Salzhausen informierte Forstamtmann Peter Mencke. Nach ersten Schätzungen war man nach den Stürmen vom 16. bis 20. Februar 2022 von 25.000 Schad-Festmetern ausgegangen. Nach erfolgter Aufarbeitung weiß man: Es waren rund 45.000 Festmeter. Das ist das Doppelte eines normalen Einschlags. Positive Begleiterscheinung: Die Erlöse aus der Vermittlung von Holzverkäufen stiegen ebenfalls und bescherten der FBG ein ungewohnt gutes Jahresergebnis. Die Liquidität wurde in Form eines Kredits an die Vermarktungsorganisation Forstwirtschaftliche Vereinigung Nordheide zum Kauf eines neuen Rückezuges eingesetzt. Gemeinsam mit anderen FBG ist die Finanzierung eines 410.000 Euro teuren Geräts möglich.



Mit 73 Prozent war der Anteil von sägefähigem Rundholz am Einschlag im Jahr 2022 (insgesamt 47.000 Festmeter) besonders hoch. Grund dafür war der Windwurf, der vor allem ältere Fichtenbestände getroffen hatte. Als nach wie vor gut und aufnahmebereit bezeichnete Mencke den Holzmarkt, der seit längerem vom China-Export gestützt wird. In Längen von 11,50 Metern wird in Containern ein Sortiment nach Ostasien verkauft, das am heimischen Markt nicht die entsprechenden Erlöse verbuchen kann.

Auch wenn der Verkauf von Eichenholz und Brennholz nur einen geringen Teil des Einschlags ausmacht, so gab es hier doch bemerkenswerte Entwicklungen. Bei der Submission in Oerrel erbrachten gute Stämme Eichenholz einen Preis von 1.000 Euro je Festmeter. Brennholz war gefragt wie nie, sodass sogar Nadelholz für die Verfeuerung abgegeben wurde.

Mencke geht davon aus, dass in der FBG etwa 45 Hektar Sturmflächen wieder aufgeforstet werden. Für diese als Mischwald projektierten Flächen wurden überwiegend Förderanträge gestellt.

Zum Schluss der dringende Appell: Beobachten Sie Ihre Fichtenbestände! Wenn es mehrere Tage hintereinander über 16 Grad warm ist, herrscht Käferalarm. Sobald Sie abfallende Rinde, rote Nadeln oder Bohrmehl an den Stämmen entdecken, melden Sie dies Ihrem Förster, um Käfernester auszuräumen.

Vorsitzender Willy Isermann (l.) und FD Rudolf Alteheld. Foto: Precht

Welcher Baum folgt der Fichte?

Baumschule Priebe setzt auf Laubholz und südliche Nadelhölzer

Kettenburg (AK). Stürme und Trockenheit haben den Wäldern schwer zu schaffen gemacht. Oftmals war es jedoch der Borkenkäfer, der sich in den geschwächten Beständen ausbreitete und mehr Schaden anrichtete als die extreme Witterung zuvor. Inzwischen sind Kahlflächen entstanden – manchmal sind es kleinere Nester, manchmal aber auch großflächige Areale. Waldbauern und Forstämter melden bei den Baumschulen einen riesigen Pflanzenbedarf an, um die Wälder wieder aufzuforsten. „Alleine im Harz haben wir im letzten Jahr 250.000 Pflanzen gesetzt", erklärt Harald Priebe, Inhaber der gleichnamigen Baumschule in Kettenburg.

Der Klimawandel trifft am stärksten die Fichtenbestände. Sie verlangen im Gegensatz zur Kiefer einen höherwertigen Boden mit besserer Wasserverfügbarkeit. Wenn dann in den heißen und trockenen Sommern der Grundwasserstand sinkt, dann geraten gerade jene Bestände in Bedrängnis, die vor Jahrzehnten noch gedeihen konnten, jetzt aber durch den fortschreitenden Klimawandel nicht mehr standortgerecht sind.

„Unsere Aufgabe ist es nun, entsprechende Gehölze zu finden und zu vermehren, die dem Klimawandel standhalten", erklärt Priebe. Die Baumarten der Zukunft müssen einerseits vital bleiben, um CO_2 zu binden, andererseits aber auch in der Lage sein, zur Holzgewinnung beizutragen. Die Aufgabe für Priebe und sein rund 20-köpfiges Team heißt nun, klimaresistente Bäume zu setzen, die gut mit der Trockenheit klarkommen. Dazu gehören, wie er sagt, Laubgehölze wie Eiche, Baumhasel, Marone oder Schwarznuss. Aber auch südliche Nadelhölzer wie Zeder, Douglasie und Lärche werden in die Mischkulturen aufgenommen. Aufforstungen nach bestimmten staatlichen Vorgaben werden durch staatliche Zuschüsse gefördert.

Das Saatgut für seine Pflanzen bezieht Priebe aus zugelassenen Erntebeständen in Niedersachsen. Da wird der Nachschub allerdings knapp, denn die Fruktifikation – also die Samenbildung – hat nach Priebes Beobachtung stark abgenommen und die eingelagerten Vorräte sind bei allen Gehölzen weitgehend aufgebraucht.

Wo es möglich ist, erntet die Kettenburger Baumschulen auch selbst: „Alles, was vom Boden aufgesucht werden kann, nutzen wir als Saat – zum Beispiel Bucheckern und Eicheln." Im Handel kostet das Kilo Saatgut für Laubholz zwischen 12 und 45 Euro. Dafür gibt es dann 180 bis 3.000 Samen. Für Nadelholz-Saatgut muss man zwischen 1.000 und 2.000 Euro zahlen.

In den Kettenburger Gewächshäusern sind bis zu drei Millionen Sämlinge pro Jahr zu finden. Unter Folie wird ein Hektar bewirtschaftet und 13 Hektar stehen in der Freifläche. Um die anfallende Arbeit zu schaffen, investierte das Kettenburger Unternehmen im Oktober 2020 rund 250.000 Euro in einen Pikierroboter, der die Arbeit von acht Helfern übernimmt. Immer noch per Hand werden Eicheln, Kastanien und Nüsse in die Anzuchtplatten gelegt – alles Früchte, die für die automatische Verarbeitung zu schwer sind.

Doch nicht nur die Anzucht von Forstpflanzen nimmt die Baumschule vor. Priebes Team, das vor allem aus Mitarbeitern aus Polen, Rumänien und Bulgarien besteht, übernimmt auch das Pflanzen der kleinen Bäume. Das Einsatzgebiet beläuft sich vom Küstenraum bis in den Harz und vom Weserbergland bis nach Brandenburg.

Hier werden drei verschiedene Sorten Eichen großgezogen. Foto: AK

Stickstoff-Düngung weiter gesunken

Versorgung unter Pflanzenbedarf / Phosphor macht Sorgen

Lüneburger Heide (ccp). Hätte jemand bei Vorlage des 1. Niedersächsischen Nährstoffberichts vor zehn Jahren die Prognose gewagt, dass der Einsatz von Stickstoff-Mineraldüngern bis zum Jahr 2022 um rund 44 Prozent sinkt, dann wäre wohl ein ungläubiges Kopfschütteln durch die Reihen gegangen. Experten hätten vor extremen Ertragseinbußen gewarnt und die Ernährungssicherheit in Frage gestellt.

Inzwischen ist der Absatzeinbruch Wirklichkeit geworden. Das Drama blieb allerdings aus. Wo kein Wassermangel herrscht, werden Spitzenernten eingefahren. Das ist umso erstaunlicher, als auch die organische Stickstoff-Versorgung aus der Tierhaltung wegen rückläufiger Bestände keinen Ausgleich für den verringerten Einsatz von Handelsdüngern liefern konnte.

Wie der jetzt vom Landwirtschaftsministerium und der Landwirtschaftskammer vorgestellte 10. Nährstoffbericht für das Jahr 2021/22 belegt, ist in Niedersachsen der Absatz von N-Mineraldüngern von rund 300.000 Tonnen Stickstoff auf 166.000 Tonnen (minus 134.000 Tonnen) gesunken. Gleichzeitig wurde der rechnerische Stickstoff-Überschuss aus mineralischer und organischer Düngung komplett abgebaut. Hatte der Saldo aus Stickstoffangebot und Düngebedarf 2014/15 noch einen Überhang von 80.000 Tonnen betragen, lag das Angebot im Berichtsjahr sogar 16.000 Tonnen unter dem Bedarf. Die rechtlich zulässige N-Düngung wurde 2021/22 nicht nur eingehalten, sondern im zweiten Jahr in Folge sogar unterschritten.

Für das laufende Wirtschaftsjahr 2022/2023 erwartet der Landvolk-Landesverband durch gesetzliche Vorgaben eine Fortsetzung dieses Trends. Bei der Stickstoffversorgung wird ein so tiefes Niveau erwartet, dass es auf vielen Standorten nicht mehr ausreicht, den erreichten Humusgehalt im Boden sicherzustellen. „Wenn wir dies weiter zulassen, dann treiben wir unsere Höfe nicht nur in eine Spirale der abnehmenden Bodenfruchtbarkeit und der existenzbedrohenden Mindererträge, sondern werden in Folge des Düngerechts auf unseren Ackerflächen durch erzwungenen Humusabbau klimaschädliches CO_2 freisetzen“, gibt sich Präsident Holger Hennies besorgt.

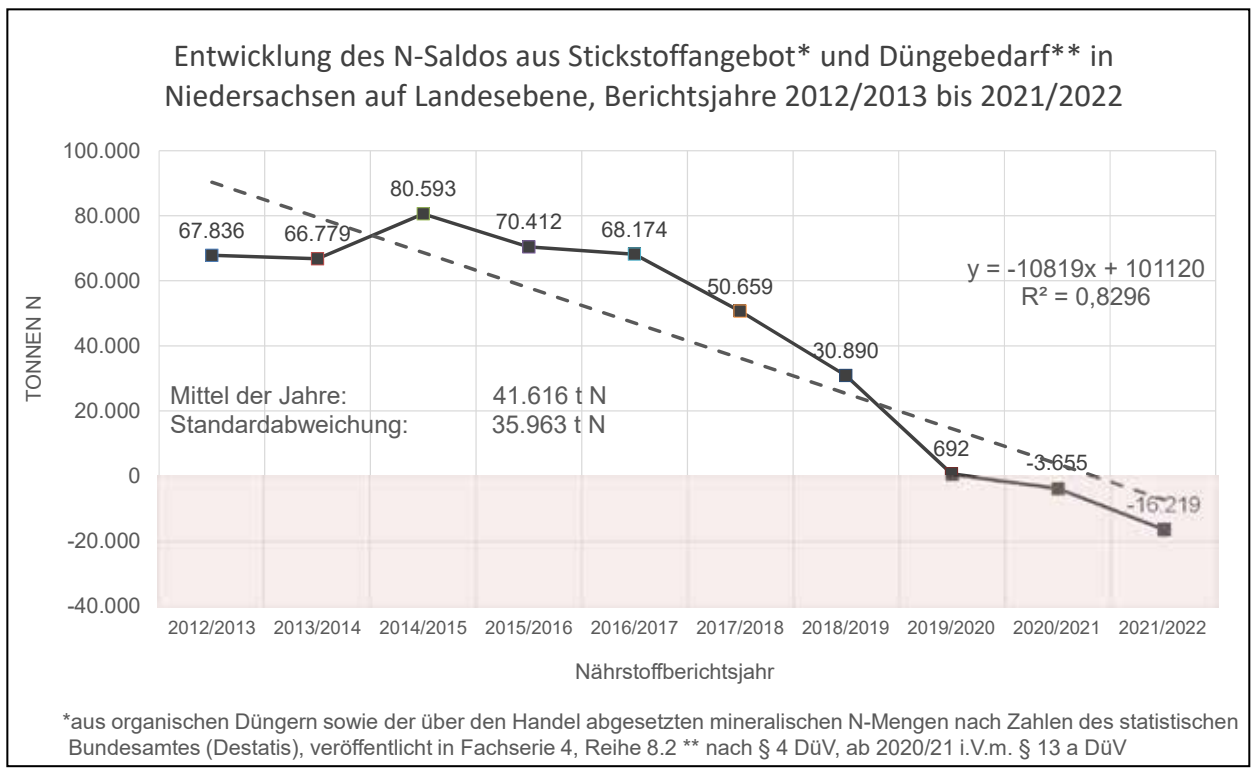
Dass der Rückgang des mineralischen Stickstoff-Einsatzes bislang ohne nennenswerte Mengeneffekte bei der Ernte einhergegangen ist, dürfte vor allem auf den effizienten Einsatz der organischen Dünger aus der Tierhaltung und aus Biogasanlagen zurückzuführen sein. Durch den forcierten Bau von Vorratsbehältern konnte die Ausbringung organischer Dünger bedarfsgerecht erfolgen und auf das zeitige Frühjahr konzentriert werden. Die technischen Verfahren zur Homogenisierung von zähen Flüssigkeiten machten aus Gülle und Gärresten einen hochwirksamen Mehrnährstoffdünger, der auch überregional erfolgreich eingesetzt wurde. Die Preissteigerungen bei Mineraldüngern haben eine Verbringung von Wirtschaftsdüngern im vergangenen Berichtszeitraum nochmals attraktiver gemacht. Nicht zuletzt durch die kaufkräftige Nachfrage seitens der Biogasbranche entwickelte die Landmaschinen-Industrie revolutionäre Technik zur Ausbringung von Gülle und Gärresten. Hohe Schlagkraft bei der Ausbringung und Werkzeuge zur Einarbeitung trugen dazu bei, dass sich Ausbringungsverluste (Ammoniak-Emissionen) in erheblichem Umfang verminderten. Weiterhin hat der Anbau von Zwischenfrüchten dazu geführt, dass Nährstoffe konserviert und zur Vegetation bereitgestellt werden konnte.

Über diese mittelfristige Entwicklung hinaus verzeichnet der Nährstoffbericht 2021/22 auch Sonderbewegungen. So hat der Ukraine-Krieg starken Einfluss auf das letzte Drittel des Berichtsjahres genommen. Die hohen Energiekosten mit sprunghaft steigenden Düngerpreisen dürften den Rückgang des Mineraldüngereinsatzes beschleunigt haben. Auch die wieder rückläufige überregionale Verbringung von Wirtschaftsdüngern aus der Veredlungsregion Weser-Ems findet in erhöhten Dünger- und Transportkosten ihre Erklärung. Zum Teil waren aber auch Stallplätze nicht belegt, was sich bei der Verbringung von Schweinegülle aus der Region Weser-Ems ausgewirkt haben mag. Vor allem die Region Lüneburg, zu der auch die Kreis Heidekreis und Harburg zählen, verbuchte einen Rückgang der Lieferungen aus Weser-Ems um 18,5 Prozent.

Auch wenn der Abgabedruck in Weser-Ems insgesamt gesunken ist, bleibt die Veredelungshochburg ein weitgehend roter Fleck auf der Karte der niedersächsischen Problemregionen. In den Landkreisen um Vechta und Oldenburg übersteigt die Phosphataufbringung mit organischen Düngern die Phosphatabfuhr in hohem Maße. Aber auch Rotenburg (Wümme) und Stade gehören in diese Kulisse. Der Heidekreis erhält hier eine orangefarbene Karte mit einem Überschuss von zehn Kilogramm je Hektar, der Kreis Harburg bleibt gelb mit einem Plus von zwei Kilogramm je Hektar. Auf das ganze Land gerechnet gibt es einen Überschuss von rund 19.946 Tonnen Phosphat. (2.684 Tonnen weniger als im Vorjahr).

Landwirtschaft – das beweist der 10. Nährstoffbericht – hat einen gewaltigen Beitrag zum Gewässerschutz geleistet. Aus den gesammelten Berichten wird allerdings auch erkennbar, dass das Management der organischen Düngung ab Mitte der 2000er Jahre in die Schieflage gekommen war und sich erheblicher Handlungsbedarf aufgebaut hatte.

Das Landwirtschaftsministerium in Hannover gibt trotz der rückläufigen Düngermengen noch keine Entwarnung im Hinblick auf das Düngerecht. Im Bericht wird darauf verwiesen, dass bei der Nährstoffbelastung in den Grund- und Oberflächengewässern bisher noch kein positiver Trend an allen Messstellen verzeichnet werden könne.



Im Text heißt es: „Die besonders im Fokus stehenden Messstellen mit bereits mehr als 50 mg Nitrat pro Liter haben sich wie folgt entwickelt: 21 Prozent dieser Messstellen weisen einen steigenden Trend auf (Vorjahr: 19 Prozent), bei 25 Prozent dieser Messstellen nehmen die Werte unverändert ab. Ohne signifikanten Trend sind unverändert 54 Prozent. Insgesamt werden aufgrund des hohen Anteils von Messstellen mit mehr als 50 Milligramm Nitrat pro Liter und solcher mit steigenden Nitratkonzentrationen die Qualitätsziele der Wasserrahmenrichtlinie in Niedersachsen weiterhin nicht flächendeckend erreicht.“

Bei dieser Feststellung ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine Grundwassermessstelle je nach Filtertiefe unterschiedlich altes Grundwasser erfasst. Daher sind die Nitratgehalte, die aktuell im Grundwasser gemessen werden, in der Regel Ausdruck der Bewirtschaftung vergangener Jahre. Ebenso werden sich die aktuell zu verzeichnenden positiven Entwicklungen der landwirtschaftlichen Stickstoffbilanz erst in den nächsten Jahren im Grundwasser wiederfinden.

Anlässlich der Vorstellung des Nährstoffberichts gab es von der Landwirtschaftsministerin auch Positives zu hören. Miriam Staudte sagte: „Mit Blick auf die kommenden Jahre möchte ich die Kritik der Landwirtschaft aufgreifen und ein verursachergerechtes System in der Landesdüngeverordnung integrieren, bei dem eine effektive und zielgerichtete Bewertung und Kontrolle der ordnungsgemäßen Düngung in den Fokus rückt. Auf Bundesebene werde ich mich dafür einsetzen, dass zukünftig auch der Düngemittelabsatz beim Mineraldünger erhoben werden darf.“

„Eure Aufgabe lautet…“

72-Stunden-Aktion der Landjugend vom 11. bis 14. Mai

Lüneburger Heide (nlj). Die 72-Stunden-Aktion der Niedersächsischen Landjugend (NLJ) geht nach vier Jahren wieder in die nächste Runde. Vom 11. bis 14. Mai 2023 findet in diesem Jahr das Landjugend-Highlight unter dem Motto „Unsere Zeit ist jetzt!“ statt.

Niedersachsenweit heißt es dann für 128 Gruppen „Eure Aufgabe lautet…“. „Noch nie zuvor haben so viele Ortsgruppen an einer 72-Stunden-Aktion der NLJ mitgewirkt“, freut sich Hannes Wilhelms, stellv. Landesvorsitzender der NLJ und Mitglied im Projektteam. „Ein Rekord, der zeigt, wie engagiert und motiviert die jungen Leute im ländlichen Raum sind.“

Aus der Kreisgemeinschaft Fallingbostel nehmen die Gruppen Jarlingen und Rethem an der Aktion teil. Die Kreisgemeinschaft Soltau ist mit Behringen, Klein FrieBomWo, Wietzendorf und der Heidjer Landjugend dabei. Aus dem Kreis Harburg haben sich die Gruppen Asendorf, Dohren, Heidenau, Königsmoor, Luhe-Auetal und Wistedt angemeldet. Seit 1995 veranstaltet die Niedersächsische Landjugend die 72-Stunden-Aktion alle vier Jahre.

Von der Einbahnstraße zum Kreisverkehr

Wasser muss wieder in die Gewinnungsgebiete zurückgeführt werden

Lüneburger Heide (ccp). Nur drei Prozent des Wassers auf der Erde sind Süßwasser. Mit steigender Weltbevölkerung, mit der globalen Verschiebung der Niederschlagsmengen und mit der regional konzentrierten Entnahme von Grundwasser für wachsende Ballungszentren ist das Süßwasser ein knappes Gut geworden.

Die Region des Landvolk-Kreisverbandes Lüneburger Heide zwischen den Städten Hamburg und Hannover gehört zu den größten Lieferanten von Rohwasser für die benachbarten Metropolen. Seit Jahren zeigen Vegetation und Landschaftsbild, dass der natürliche Kreislauf des Wassers nicht mehr funktioniert. Gerade in trockenen Sommern sinkt der Grundwasserspiegel so stark, dass Wälder sterben und der Bedarf an Feldberegnung für Ackerfrüchte steigt.

Der Weg des kostbaren Wassers gleicht hier einer Einbahnstraße: Der Pfad beginnt an den Tiefbrunnen der Wasserwerke, setzt sich fort über die Nutzung in Haushalten und Betrieben, durchläuft die Klärwerke und endet über Elbe und Weser in der Nordsee.

Wer das Problem lösen will, muss das System der Einbahnstraße korrigieren und ein System des Kreislaufs herstellen. Das heißt: Das von den Klärwerken abgegebene Klarwasser muss seinen Weg zurück in die Gewinnungsregion nehmen. Spanien, Italien, Griechenland, Zypern, Frankreich und Portugal nutzen aufbereitetes Abwasser bereits seit vielen Jahre zur Bewässerung. Und auch in Deutschland gibt es seit Jahrzehnten Erfahrungen und detaillierte Untersuchungen zur Verwendung von Abwasser zur Feldberegnung. Vor allem der Abwasserverband Braunschweig hat auf diesem Gebiet Maßstäbe gesetzt. Er verregnet in seinem Verbandsgebiet etwa die Hälfte des gereinigten Wassers und versorgt damit rund 2.700 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Dies entspricht einer Wassermenge von etwa 10 Millionen Kubikmetern im Jahr.

Bis zum Jahre 1990 erfolgte der Umbau der alten Rieselfelder zu einer biologischen Nachreinigung. 1991 wurde das „Mäandersystem“ als neues Reinigungsverfahren im Rieselbetrieb eingeführt. Bei diesem System wird das Klärwasser in einer Horizontalpassage durch einen flussähnlichen Verlauf geschickt, so dass über eine Fließstrecke von mehreren Kilometern die biologische Nachreinigung vorgenommen wird.

Auf den Feldern der Verregnungsbetriebe ist zwar die traditionelle Fruchtfolge mit Getreide, Kartoffeln, Rüben und Mais zu finden, der Gemüseanbau ist allerdings ausgeschlossen. Pflanzen, die roh verzehrt werden, dürfen mit dem abgegebenen Klarwasser nicht versorgt werden.

Nach Untersuchungen des Niedersächsischen Landesamtes für Wasser-, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) sind die Einschränkungen der Nutzung nicht unbegründet. So wurden in den Bereichen der Abwasserverregnungsflächen im oberflächennahen Grundwasser flächendeckend und im tieferen Grundwasser an einigen Messstellen Belastungen mit Humanarznei- und Röntgenkontrastmitteln aus der Abwasserverregnung festgestellt. Die flächendeckende Belastung gilt auch für die untersuchten Oberflächengewässer. Im Gegensatz zum Grundwasser ist im Oberflächenwasserbereich die Abwasserverregnung allerdings nicht der Hauptemittent, da noch weitere Verursacher, wie Einleitungen von Klär-, Klärteich- und Kleinkläranlagen vorhanden sind. Es handelt sich bei den Stoffen vor allem um Antiepileptika, Antibiotika und Röntgenkontrastmittel. Bei üblicher Entsorgung von Klarwasser gelangen diese Mikroschadstoffe in Flüsse und Meere.

In wieweit gereinigtes Abwasser künftig als vollwertiges Beregnungswasser genutzt werden kann, unterliegt einer Vielzahl von Bestimmungen, die von Wasserhaushaltsgesetz, Düngeverordnung, und Bodenschutzgesetz bis zur Rückstandsverordnung reichen. Ab dem 26. Juni 2023 werden die Bestimmungen um die EU-Verordnung über „Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung für die landwirtschaftliche Bewässerung“ ergänzt. Das Wasser in Braunschweig entspricht diesen Anforderungen noch nicht. Gemeinsam mit Forschungsinstituten ist der Abwasserverband aber dabei, Nachbesserungen in einer weiteren – der 4. Reinigungsstufe vorzunehmen. Sie basiert auf dem Einsatz von Aktivkohle, auf Ozonbehandlung und UV-Bestrahlung und ist in der Lage, Mikroschadstoffe wie Rückstände aus Arzneimitteln und Pflegeprodukten zu filtrieren. Nach Fertigstellung der Pilotanlage kann in begrenztem Umfang uneingeschränkt nutzbares Bewässerungswasser für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es ist dann von höherer Qualität als jenes Klarwasser, das aus den allermeisten Klärwerken in Fließgewässer geleitet wird.

Da die 4. Reinigungsstufe mit hohen Betriebskosten verbunden ist und Kapazitätsgrenzen bestehen, werden in Braunschweig auch Untersuchungen zum Schadstoffabbau während der Bodenpassage und zur Schadstoffaufnahme durch Nutzpflanzen durchgeführt.

Die von der EU vorgegebenen Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung gehen dem deutschen Umwelt-Bundesamt (UBA) allerdings nicht weit genug. „Hier sind strengere nationale Regelungen erforderlich, wenn Deutschland die Wasserwiederverwendung für die landwirtschaftliche Bewässerung einführen möchte“, heißt es in einer Stellungnahme.

Prof. Thomas Dockhorn, Leiter des Instituts für Siedlungswasserwirtschaft der TU Braunschweig, warnt allerdings davor, die Anforderungen immer höher zu setzen. Schon jetzt gelten höchste Qualitätsmaßstäbe, wenn es um die Bewässerung von Nahrungsmitteln gehe, die roh verzehrt würden. „Die Vorgaben der EU speisen sich aus internationalen Erfahrungen, unter anderem der Weltgesundheitsorganisation, und sind vernünftig. In Deutschland sind allerdings verschiedene Gruppen und ihre Interessen in der Umsetzung involviert – und man ist dabei, die Latte immer wieder nach oben zu versetzen. Maximalforderungen zu stellen ist allerdings schwierig in einer Situation, in der die Wasserwiederverwendung immer wichtiger wird“, sagt er in einem Interview mit Zeit-Online. Risiken und Chancen müssten vielmehr sorgfältig und wissenschaftlich basiert abgewogen werden.

Aber auch am Ende einer wissenschaftlichen Abwägung steht keine mathematische Gleichung, die ein eindeutiges Ergebnis liefern könnte. Stets ist die persönliche Sichtweise entscheidend, wie mit einem Restrisiko umzugehen ist. Es wäre allerdings fatal, wenn mit deutschem Übereifer eine richtungsweisende Chance zur Bewässerung von Nutzpflanzen verbaut wird. Landwirtschaft wird künftig das System der Kreislaufwirtschaft von Süßwasser angewiesen sein. Hier muss es eine gleichberechtigte Verteilung von Kosten und Nutzen zwischen Land und Stadt geben, denn bei der Versorgung mit Wasser sitzen alle in einem Boot – das nicht auf Grund laufen darf.

Mikroschadstoffe wie Human- und Tierarzneimittel, Rückstände von Körperpflegeprodukten, Pflanzenschutzmittel, Biozide sowie Industrie- und Haushaltschemikalien und Stoffe mit hormonähnlichen Wirkungen aus Kunststoffen lassen sich in den Gewässern nachweisen.

Arzneimittel wie der Stimmungsaufheller Carbamazepin, das entzündungshemmende Schmerzmittel Diclofenac oder das Röntgenkontrastmittel Iopamidol finden sich nicht nur im Zu- und Ablauf von Kläranlagen, sondern auch im Grund- und Trinkwasser.

Es zählt nicht nur das Trinkwasser

Wasserfußabdruck misst auch den Verbrauch bei der Erzeugung von Gütern

Lüneburger Heide (ccp). Jeder Bundesbürger verbraucht durchschnittlich 122 Liter Wasser am Tag. Das ist fast so viel wie eine Badewanne voll. Das Meiste davon wird für Duschen, Waschen oder den Toilettengang benötigt. Nur etwa drei bis vier Prozent werden zum Trinken und Kochen genutzt. Zu völlig anderen Ergebnissen führt eine Bewertung, die den Wasserfußabdruck misst. Er rechnet dem einzelnen Bürger eine Verbrauchsmenge von etwa 5.300 Litern pro Tag zu. Wie kommt diese Zahl zustande?

Im Gegensatz zum direkten Wasserverbrauch spielt beim Wasserfußabdruck auch das bei der Erzeugung von Produkten genutzte Wasser eine Rolle. Dieser Wert kann bezogen werden auf die einzelne Person, auf ein Unternehmen, ein Produkt oder eine Region. Gerade landwirtschaftliche Produkte weisen einen vergleichsweise hohen Wasserfußabdruck auf, da alles Wasser, was von Pflanzen aufgenommen und verdunstet wird, in diese Bewertung einfließt. So wird erklärlich, warum Fleisch und Milch die Reihenfolge der Produkte mit dem höchsten Wasserfußabdruck anführen: Jedes Kilo Fleisch oder jeder Liter Milch wird mit jener Wassermenge belegt, die das verfütterte Getreide und das gefressene Gras zum Wachstum gebraucht haben. Natürlich kommen Tränkewasser und weitere Arten der Wassernutzung hinzu.

Um den Wasserfußabdruck im Hinblick auf seine ökologische und wirtschaftliche Aussage bewerten zu können, wird das gebrauchte Wasser in drei Kategorien eingeteilt: Grünes Wasser, blaues Wasser und graues Wasser.

Grünes Wasser ist das natürlich vorkommende Boden- und Regenwasser, welches von Pflanzen aufgenommen wird und/oder verdunstet. Es ist relevant für landwirtschaftliche Produkte.

Blaues Wasser ist Grund- oder Oberflächenwasser, das zur Herstellung eines Produktes genutzt wird und nicht mehr in ein Gewässer zurückgeführt wird. In der Landwirtschaft wird es verwendet, wenn Felder künstlich bewässert werden.

Graues Wasser beschreibt die Wassermenge, die nötig wäre, um Gewässerverunreinigungen so weit zu verdünnen, dass die Wasserqualität den gesetzlichen oder vereinbarten Anforderungen entspricht.

Man kann sagen: Der grüne und der blaue Wasserfußabdruck beschreiben die mengenmäßige Nutzung, der graue Wasserfußabdruck stützt sich auf theoretische Annahmen und veranschaulicht den Einfluss der Nutzungen auf die Wasserqualität.

Das gesamte Konzept des Wasserfußabdrucks geht aber noch einen Schritt weiter und betrachtet auch die Produkte, die beim internationalen Handel getauscht werden. Sie transportieren ihre virtuelle Wassermenge im unsichtbaren Rucksack von einem Land ins andere und beeinflussen damit den Wasserfußabdruck der Länder. Mit dem Import eines Gutes wird stets auch ein rechnerischer Wasserimport betrieben – für den Export gilt das Gegenteil. Rund die Hälfte des deutschen Wasserbedarfs wird über ausländische Produkte importiert.

Da der virtuelle Wasserimport aus einem Land mit hohen Niederschlägen eine andere ökologische, soziale und wirtschaftliche Bedeutung hat wie der Import aus einer Trockenzone, werden die Mengen gewichtet. Kommen Früchte aus Regionen, deren Belastbarkeitsgrenzen der Wassernutzung überschritten sind, fällt ihr Wasserfußabdruck höher aus, als beim Anbau in regenreichen Gebieten.

Die Addition von grünem, blauem und grauem Wasser sowie die Berücksichtigung von virtuellen Wasserimporten durch den Verbrauch ausländischer Ware führen letztlich dazu, dass nicht 122 Liter täglicher Wasserverbrauch auf der Uhr des deutschen Konsumenten stehen, sondern rund 5.300 Liter. Die Treiber der hohen Zahlen kommen oft aus den Tropen: Für die Produktion von einem Kilo Kakaobohnen werden im weltweiten Durchschnitt bei intensivem Plantagenanbau rund 27.000 Liter Wasser benötigt, für ein Kilo Röstkaffee rund 21.000 Liter.

Aber auch Fleisch ist international gesehen durstig. Hinter einem Kilogramm Rindfleisch verbergen sich bei intensiver Haltung 15.500 Liter virtuelles Wasser. Für ein Kilogramm Schweinefleisch hingegen werden nur 4.800 Liter Wasser aufgewendet, für ein Kilogramm Hühnerfleisch 3.900 Liter.

GAP wird literarisch: Weidetagebuch gefordert

Kuratorium im Heidekreis informierte über GLÖZ und Konditionalität

Lüneburger Heide (bb). Einkommensgrundstützung, Ökoregelungen, Konditionalität, GLÖZ-Standards. Viele neue Begriffe, dazugehörige Änderungen und Anforderungen bringt die neue Gemeinsame Agrarpolitik, kurz GAP, in den Jahren 2023 bis 2027 mit sich. Zur Aufklärung der Inhalte, Neuerungen, Umsetzung und Ablauf der Programme organisierte das Kuratorium für Wirtschaftsberatung im Heidekreis zwei Informationsveranstaltungen am 23. März 2023 in Delmsen und in Nordkampen. Insgesamt kamen 200 Landwirte, welche den Vorträgen folgten, Fragen stellten oder ihr Unverständnis über die Praxisferne der neuen Anforderungen der GAP kundtaten.

In drei Vorträgen informierten die Wirtschaftsberater über die neuen Herausforderungen und gaben einen Überblick über die wichtigsten Punkte der neuen Agrarreform. Die Leiterin der LWK-Außenstelle in Fallingbostel, Sonja Kornblum, stellte unter anderem die Grundanforderungen der GAP vor, die jeder Landwirt einhalten muss, damit die Grundprämie, die sogenannte Einkommensgrundstützung, gewährt wird. Es gibt insgesamt neun Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen (GLÖZ). Diese sind Grundanforderungen an die Betriebsführung und Teil der Konditionalität. Dazu gehören neben dem Erhalt von Dauergrünland, die Schaffung von Pufferstreifen entlang von Gewässern, ein Fruchtwechsel auf Ackerland, auch ein Mindestanteil von nichtproduktiven Flächen auf Ackerland (vier Prozent Brache). Im Jahr 2023 sind die Vorgaben zur den nichtproduktiven Flächen angepasst worden, sodass auf den vier Prozent ein Anbau von Getreide, Sonnenblumen oder Hülsenfrüchten erfolgen darf. Diese Ausnahmeregelung darf jedoch nur in Anspruch genommen werden, wenn schützenswerte Brachen aus den beiden Vorjahren, erhalten bleiben. Zudem ging Sonja Kornblum auf die Junglandwirtförderung ein, für die zukünftig ein Ausbildungsnachweis oder landwirtschaftliche Berufserfahrung nachgewiesen werden muss. Erfreulicherweise ist die Förderung für Junglandwirte in der neuen Agrarreform deutlich erhöht worden.

In einem zweiten Vortrag ging Katja Kunick von der Landberatung Fallingbostel auf die Ökoregelungen und Tierprämien ein. Zu den Ökoregelungen gehört z. B. die Aufstockung der nichtproduktiven Fläche, die Extensivierung des gesamten betrieblichen Grünlandes oder der Anbau vielfältiger Kulturen. Die Maßnahmen können jährlich freiwillig abgeschlossen werden. Sie beinhalten zusätzliche Förderungen, wenn die dazugehörigen Anforderungen eingehalten werden. Der finanzielle Ausgleich deckt jedoch häufig nicht die höheren Kosten der Umsetzung. Bei der Förderung im Tierbereich werden Mutterkuhprämie, Schaf- und Ziegenprämie oder eine Sommerweideprämie für Milchkühe gewährt. Bei der Sommerweidehaltung für Milchkühe ist ein Weidezeitraum von 120 Tagen und eine tägliche Weidezeit von sechs Stunden einzuhalten. Auch ist eine Mindestfläche von 0,2 Hektar Dauergrünland pro Kuh, davon 0,1 Hektar Weideland im Betrieb vorzuhalten. Der Nachweis der Bedingungen zieht jedoch eine ausführliche Dokumentation beim Landwirt nach sich über ein aktuelles Weidetagebuch, Abweichungen von der Weidehaltung z. B. Stallhaltung bei Kalbungen, kranken Tieren oder Kühen die behandelt/untersucht werden und deshalb vorübergehend nicht auf der Weide sind. Bei den Ökoregelungen und Tierprämien sollte betrieblich vorab geprüft werden, ob die Bedingungen einzuhalten sind und zum Betrieb passen.

Etwa 200 Teilnehmer kamen zu den GAP-Seminaren des Kuratoriums für Wirtschaftsberatung nach Delmsen und Nordkampen Foto: FSR

Den dritten und letzten Vortrag hielt Björn Bellmann vom Landvolk Lüneburger Heide, in dem er auf die neuen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) einging. 23 Maßnahmen können freiwillig über einen Verpflichtungszeitraum von jeweils fünf Jahren abgeschlossen werden. Vom ökologischen Landbau über den extensiven Getreideanbau bis hin zur Anlage von Blühstreifen und -flächen werden AUKM angeboten. Die Umsetzung in die Praxis bedarf einiger Anstrengung, um zusätzliche Förderung zu beantragen, wobei die Mehrkosten nicht unbedingt durch die Beihilfe geckt sind. Auch führen z. B. die Verfügbarkeit und notwendige Aussaat von Regiosaatgut in der Umsetzung zu Problemen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die GAP höhere Anforderungen, komplexere Maßnahmen und Bedingungen mit sich bringt. Eine späte Beschlussfassung der Agrarreform, während die Anbauplanung bei vielen Betrieben zum Großteil abgeschlossen ist, ein späterer Start der Antragsstellung und immer noch offene Fragen führen zu einer teils nicht zufriedenstellenden Situation bei Landwirten und Beratern.

„BSG“ 25 Jahre beim Landvolk

Bad Fallingbostel (lv). Sie ist die Künstlerin im Grünen Zentrum in Bad Fallingbostel. Ihre Signatur: BSG.

Brigitte Sendker-Grewe hat nicht nur die Malerei zu ihrem Hobby gemacht – sie kann sich auch fürs Fahrradfahren und fürs Schwimmen begeistern. Und dann ist da noch der Wochenmarkt, auf den sie nicht verzichten möchte. Vielleicht ist es ihre Ausbildung zur Gärtnerin, die sie am Mittwoch erst einmal über den Markt lockt, bevor der Dienst im Steuerbüro des Landvolks beginnt.

Am 1. April waren es genau 25 Jahre her, dass BSG im Soltauer Büro des Verbandes anheuerte. 2003 erfolgte der dienstliche Umzug nach Bad Fallingbostel. Nach so vielen Jahren gibt es im Steuerbüro kaum etwas, was Brigitte Sendker-Grewe nicht schon einmal mitbekommen hätte und so ist sie „universell erfahren, immer ansprechbar und eine zuverlässige Unterstützung für die Kollegen.“

In einer kleinen Zusammenkunft im Grünen Zentrum würdigte Geschäftsführer Henning Jensen das Dienstjubiläum von BSG. Neben einer Geldzuwendung und einem Strauß Blumen gehörte der donnernde Applaus von den Kollegen zum Dank für die langjährige Mitarbeit.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landvolk Niedersachsen
Kreisverband Lüneburger Heide e. V.
Geschäftsführung:
Henning Jensen (ViSdP), Werner Maß
Redaktion:
Cord-Christian Precht
Anschrift:
Düshorner Straße 25,
29683 Bad Fallingbostel
Tel.: 05162 903-100
Fax: 05162 903-139
Mail: infofb@lv-lueneburger-heide.de
Verlag, Satz und Layout:
Verlag LV Medien GmbH
Hauptstraße 36-38, 28857 Syke
Druck:
Bruns Druckwelt GmbH & Co. KG,
Minden
Erscheinungsweise monatlich.
Für Mitglieder des Landvolks
Lüneburger Heide kostenlos.
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und nicht unbedingt der Redaktion, die sich Sinn wahrende Kürzungen von Manuskripten und Leserbriefen vorbehält.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Die Leseranschriften sind computergespeichert. Im Falle höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Schatten der Kriege reichen weit

Zwei Autoren und Geschichten ihrer bäuerlichen Familien

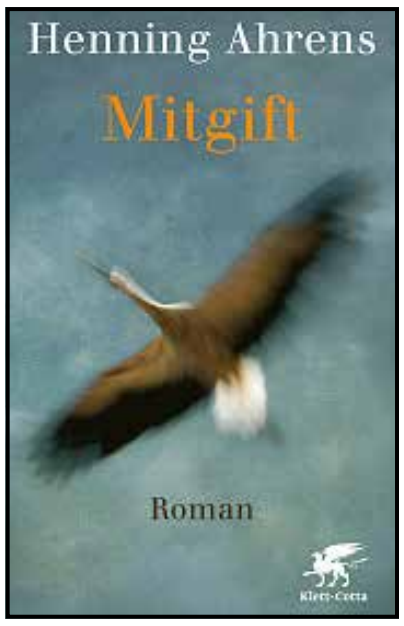
Lüneburger Heide (ccp). Die langen Schatten von Kriegsereignissen reichen immer über die betroffene Generation hinaus. Die erlebten Schrecken haben das menschlich Fassbare überschritten. Sie sind verdrängt worden in den tiefsten Winkel der Erinnerungen, wo sie nur scheinbar erlöschen. Von dort drängen sie ans Licht, wenn Kinder oder Enkel spüren, dass da irgendetwas Ungelöstes keine Ruhe lässt.

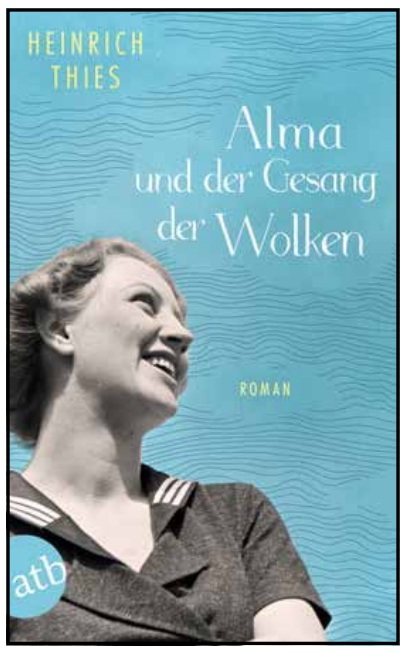
Vielleicht braucht es seine Zeit, bis man wieder dorthin gucken kann, wo die überlieferten Familiengeschichten aufhören. Und vielleicht ist diese Zeit jetzt auch auf den Bauernhöfen gekommen.

Mehrere Autorinnen und Autoren haben dafür ein Zeichen gesetzt und die Geschichte ihrer eigenen Familie in romanhafter Form weitererzählt. Dazu gehört Henning Ahrens mit seinem Buch „Mitgift“, das auf einem Hof in der Nähe von Peine spielt, und dazu gehört Heinrich Thies, dessen Roman „Alma und der Gesang der Wolken“ auf der eigenen Familiengeschichte in Hademsdorf basiert.

Beide Autoren machen Menschen sichtbar, die in den bisherigen Erzählungen eine Randerscheinung bleiben: Jene Frauen, die in den Wirren des zweiten Weltkriegs plötzlich an die Stelle des Bauern treten, die neben der traditionellen Arbeit in Haushalt und Stall zusätzlich für die Außenwirtschaft verantwortlich sind und auf dem Hof die widerstrebenden Interessen der Bewohner und Mitarbeiter zusammenführen müssen – und all dies unter unvorstellbarer materieller und seelischer Not.

Hier wird ein Teil dessen beschrieben, was später Emanzipation genannt wird. Und es wird nicht verschwiegen, wie diese Frauen nach Rückkehr der oft körperlich und seelisch zerrütteten Männer wieder in den Hintergrund treten. Wie sie unbedacht zurückgeschickt werden in ihre traditionelle Rolle am Herd und im Stall.





Heiner Thies schreibt in seinem Nachwort: (Dies ist) …ein Schicksal, das meine Tante mit vielen anderen Frauen in der Nachkriegszeit teilt, die Großartiges geleistet haben, während die Männer im Krieg oder Gefangenschaft waren. Dafür bekunde ich meiner Tante stellvertretend für ihre Geschlechtsgenossinnen Respekt und Dankbarkeit und betrachte dieses Buch als Verbeugung vor dieser tapferen und klugen Frau.

„Mitgift“ ist erschienen bei Klett-Cotta, ISBN 978-3-608-98414-9, Preis: 22 Euro.

„Alma und der Gesang der Wolken“, Aufbau-Verlag, ISBN 978-3-7466-3953-6, Preis 14 Euro.

Antrag Agrardiesel: Warum noch bis September warten?

Lüneburger Heide (ck). Der diesjährige Antrag auf Agrardieselvergütung für Verbräuche im Jahr 2022 muss bis zum 30. September 2023 gestellt werden.

Der Antrag kann online über das Zoll-Portal gestellt werden. Hierbei wird der Entlastungsantrag nach vorheriger Registrierung digital ausgefüllt. Anschließend wird der ausgefüllte Antrag elektronisch dem zuständigen Hauptzollamt übermittelt (Online-Antrag 1140 oder 1142).

Für eine Übergangszeit können bis zum 31. Detzember 2023 alternativ noch die bekannten Formulare 1140 bzw. 1142 in Papierform genutzt werden. Diese sind unter www.zoll.de aufzurufen. Das Formular 1140 kann von allen Antragstellern verwendet werden. Das Formular 1142 (Kurzantrag) kann nur verwendet werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- der Antragsteller hat im Jahr 2021 einen vollständigen Antrag (Formular 1140) oder einen Kurzantrag (Formular 1142) gestellt, der nicht abgelehnt wurde,
- seit dem letzten vollständigen Antrag (Formular 1140) haben sich beim Antragsteller keine Änderungen bei der Betriebsart, beim Personenkreis und der Anzahl der Bienenvölker ergeben und
- der Antragsteller ist im Zeitpunkt der Antragstellung und im Zeitpunkt der Verwendung der Energieerzeugnisse kein Unternehmen in Schwierigkeiten

Melden Sie sich gerne beim Landvolk, wenn wir Sie bei der Antragstellung unterstützen können.

LVBL vor Ort

LVBL Steuerberatungsgesellschaft mbH

Geschäftsstelle Bad Fallingbostel
Düshorner Straße 25
29683 Bad Fallingbostel
Tel.: 05162 903-100
Fax: 05162 903-139
Mail: buero.fallingbostel@lvbl.de

Geschäftsstelle Buchholz i. d. N.
Am langen Sal 1
21244 Buchholz i. d. N.
Tel.: 04181 13501-300
Fax: 04181 13501-324
Mail: buero.buchholz@lvbl.de

Landvolk vor Ort

Landvolk Lüneburger Heide

Geschäftsstelle Bad Fallingbostel
Düshorner Straße 25
29683 Bad Fallingbostel
Tel.: 05162 903-100
Fax: 05162 903-139
Mail: infofb@lv-lueneburger-heide.de

Geschäftsstelle Buchholz i. d. N.
Am langen Sal 1
21244 Buchholz i. d. N.
Tel.: 04181 13501-0
Fax: 04181 13501-324
Mail: infobu@lv-lueneburger-heide.de